

Auszug aus Streifzüge bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/staat-und-schlepper-2747.html>)

erstellt am: 20. April 2024

Datum dieses Beitrags: Oktober 2010

Staat und Schlepper

Was jeder Ware erlaubt ist, und dem Geld sowieso, das wird den allermeisten Menschen kategorisch verweigert.

■ FRANZ SCHANDL

Die freie Wahl des Raumes, in dem sie sich bewegen wollen, ist kein Menschenrecht, sondern Bürgerrecht. Und Bürger ist nur der Staatsbürger. Wenn Ausländer in dessen Burg, den Staat wollen, müssen sie auf nationale Gnade hoffen. Es gilt, was Kant einst sagte: „Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein.“

„Einwanderungsland – das heißt nicht, dass jeder kommen kann, der will. Das heißt Festlegung von jährlichen Quoten mit Maximalalter, bestimmten Berufen und mit der Verpflichtung zum Erlernen der deutschen Sprache.“ Das schreibt Ulrich Brunner, ein ehemaliger Chefredakteur des ORF, im Kurier vom 14. Mai. Gut ausgebildete, junge und Deutsch sprechende Arbeitskräfte, das ist es, was „wir“, die Identifikationsgemeinschaft der bevorrechteten Österreicher, benötigen. Der ordentlichen Ausländerpolitik liegt ein Kriterienkatalog zugrunde, mit dem je nach Bedarf selektiert werden kann.

„In der mit Kinder(n)“, wie erst vor kurzem ein Sozialwissenschaftler der Republik souffierte, wären da wohl goldrichtig, Deutsch- und Computerzertifikate made in Bombay inbegriffen. Worum es geht, ist eine „arbeitsmarktbezogene Zuwanderung“, wie die bundesdeutsche Süßmuth-Kommission in ihrem Bericht feststellte. Denn die „Zuwanderung sollte die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft steigern“.

Ökonomisch bedeutet das, die Ausbildungskosten der Ware Arbeitskraft zu externalisieren, deren Potenzen und Vorteile aber für den Standort zu realisieren. Was ansteht, ist eine Auswahl aufgrund prognostizierter Wertigkeit: De nemma ma. De nemma ma net.

Sagen die Freiheitlichen: „Wir brauchen die Ausländer nicht!“, so sagen viele Haider-Gegner: „Wir brauchen die Ausländer schon!“ – und denken dabei an diverse Drecksarbeiten oder die Sicherung der Pensionssysteme. Aus beiden Argumentationsfiguren wird aber deutlich, dass hiesige Interessen bestimmen, was gebraucht und was nicht gebraucht wird. Beide identifizieren sich mit Staat und Gesellschaft, nur interpretieren sie deren Anliegen unterschiedlich. Das „Wir“ hingegen bleibt vorausgesetzt und unhinterfragt. Aber wer ist denn dieses „Wir“? Aus dem Faktum einer formal-gleichen Unterworfenheit unter das Gewaltmonopol kann doch kein positives Bekenntnis irgendeines Österreicheriums oder Deutschtums abgeleitet werden. Der Patriotismus entpuppt sich stets als Patrouille des Staates, reell wie ideell. Warum soll man hier partout eingemeindet sein wollen?

Globalisierung als Menschenmobilisierung

Das Kapital hat eine Weltordnung geschaffen, die, wäre sie nicht von Staaten in ihren jeweiligen Einflußbereichen geschützt, sofort im Chaos versinken würde. Doch die Staaten erodieren und die Migration ist sowieso nicht aufzuhalten. Im letzten Jahr sind Schätzungen zufolge eine Million „Illegaler“ in den goldenen Westen

geflohen. Von Jahr zu Jahr werden es mehr. Diese Welt treibt sie förmlich dazu. Dort, wo die Kapitalverwertung immer weniger gelingt, verlassen die Menschen ihre Länder gleich sinkenden Schiffen. Wollen sie nicht als „boat-people“ enden, müssen sie irgendwo Anker werfen.

Es ist „zu akzeptieren, dass sich angesichts der Globalisierungsprozesse die Frage nicht stellt, ob es künftig Zuwanderung geben wird oder soll. Es wird sie geben, denn die Mobilität von Gütern, Dienstleistungen, Kapital, Kultur und Menschen sind untrennbar miteinander verbunden.“ „Verschärfte Grenzkontrollen bremsen die Zuwanderung nicht“, schreibt der Wiener Migrationsforscher Christof Parnreiter in der Schweizer Zeitschrift *Widerspruch* (Nr. 37/99). „Nicht die Zahl der Zuwanderer wird reguliert, sondern ihr rechtlicher Status“.

Die Zahl der Aufgriffe und Abschiebungen kann nicht einfach von den illegalen Eintritten abgezogen werden. Jene errichten zwar Hürden, schrecken ab und töten, aber sie vermögen nicht, Entwicklungen Einhalt zu gebieten, die stärker sind als alle Strafgesetze und Stacheldrähte, Mauern und Meere zusammen. Was allerdings sich erhöht, sind die Wanderungskosten, die Fluchthilfe wird teurer. Je mehr Staaten Menschen illegalisieren, desto krimineller wird das Fluchtwesen werden, desto kriminellere Elemente werden sich in diesem Geschäftszweig etablieren. Es kann gar nicht anders sein. Je höher die Strafen, desto größer die Verbrechen.

Die jeweilige nationale Verschärfung folgt so auch der Konkurrenz der Ver-

schärfung. Je restriktiver die einen sind, desto restriktiver müssen die anderen sein. Denn eines stimmt zweifellos: Dort, wo die Schlupflöcher am größten sind, werden noch mehr durchschlüpfen, als sowieso schon gekommen wären. Schließlich ist es ja die hervorragende Aufgabe der Fluchthelfer und Schlepper, die Porositäten sorgfältig zu studieren und diese Information als integrierten Bestandteil ihrer Geschäftstätigkeit mitzuverkaufen. Gemeinhin nennt sich das *Service*.

Fluchthelfer oder Menschenschmuggler

Fluchthilfe ist zu einer Dienstleistung geworden. „Je komplizierter und schwieriger es wird, Grenzen zu überwinden, desto mehr sind diejenigen, die diese Grenzen überwinden müssen, darauf angewiesen, entsprechendes „Know-How“ einzukaufen. Es hat sich ein „Markt der Fluchthilfe“ gebildet, der als das unmittelbare Resultat der Grenzabschottung begriffen werden muss. Anders ausgedrückt: So lange es Menschen gibt, die – aus welchen Gründen auch immer – gezwungen sind, Grenzen zu überwinden, diese Grenzen aber für sie geschlossen werden, so lange wird es das Phänomen der kommerziellen Fluchthilfe geben,“ schreibt die FFM – Forschungsgesellschaft Flucht und Migration.

Nicht die Schlepper genannten Fluchthelfer illegalisieren die Menschen. Dass Menschen geschmuggelt werden müssen, ist Folge staatlicher Gesetze. Der Staat erzeugt den Schmuggler. Schlepperbanden sind auch nicht die Ursache des Flüchtlingselends, sondern sie füllen bloß eine Marktlücke. Sie sind Folge räumlich-sozialer Disparitäten im Zeitalter der Globalisierung. Während die Zonen des Reichtums sich zusammenziehen, dehnen sich die Gebiete des Elends aus. Da kein Elend elendiglich genug ist, um nicht geschäftsfähig zu werden, ist hier ein Markt entstanden. Je schärfere Maßnahmen sodann ein Staat trifft, desto teurer werden die Fluchthelfer, da deren Risiko steigt. Die Schlepper sind so keineswegs das Letzte, allerhöchstens das Vorletzte; das Letzte ist der Staat, der den Flüchtlingen die Aufnahme aus Gründen staatsbürgerlicher Exklusivität verweigert. Wenn er gegen die Schlep-

per einwendet, sie wollen von der Not profitieren, dann beschreibt er seine eigenen Absichten korrekt. Auch der Staat will von ausgesuchten Asylanten und Wirtschaftsflüchtlings einiges herausholen.

Die sogenannten Schlepper sind deshalb beim Staat so unbeliebt, weil sie den Flüchtlingshandel privatisieren und so in Konkurrenz zur ideellen Apparatur der zivilen Gesellschaft treten. Dass die Flüchtlinge den Schlepperbanden oft mehr trauen als den Staaten, in die sie wollen, sagt wohl einiges über die Zustände auf diesem Planeten aus. Doch der Unterschied zwischen Staaten und Schlepperbanden ist kleiner als man meint. Beide sind für den Menschenhandel, beide wollen Beute machen, beide sind in ihren Methoden nicht zimperlich. Menschliche Objekte sind ihnen Ware, auf Zahlungsfähigkeit und Wertigkeit zu prüfen. Verhält sich der Schlepper wie ein schlauer Einzelkapitalist, so der Staat wie ein überschaulauer Gesamtkapitalist.

„Ist Fluchthilfe ein schmutziges Geschäft? „, wird da oft gefragt. – Ja, insofern jedes Geschäft schmutzig ist, ist auch dieses schmutzig. Aber eben nicht mehr. Die Fluchthilfe ist so seriös wie jedes andere Geschäft. Pause. Also ziemlich unseriös. Ende. Wichtig wäre es, sich zur Erkenntnis durchzuringen, dass das Geschäft an und für sich eine schmutzige Kommunikationsform ist, bei manchen Geschäften fällt das deutlicher auf, bei anderen wird es erfolgreich verdrängt. Warum sollte gerade Anwesenheit nicht kaufbar und verkaufbar sein, jedes Anwesen ist doch ebenfalls prinzipiell veräußerbar.

Wenn nun eingewandt wird, dass hier eine Notsituation ausgenutzt wird, dann ist dem zu entgegnen, dass die Not oder der Mangel Voraussetzung jedes Geschäftes, d. h. jeder Transaktion durch den Tausch ist. Der Tischler lebt von der Not der Menschen, die keine Möbel haben, der Journalist vom Mangel des Publikums an Nachrichten, der Arzt ist Spezialist für gesundheitliche Mängel, der Schlepper Experte für die Nöte der Menschen, die einen bestimmten Aufenthaltsort ohne dessen Hilfe nicht erreichen können. Das ist so normal wie grausam. Aber diese Grausamkeit ist nur abschaffbar, wenn das System, auf dem sie gedeiht, be-

seitigt wird. Will der Staat die Grausamkeiten beseitigen, geht es meist nur noch grausamer zu.

Der Transportgehilfe kann so ein guter sein wie ein schlechter, wie eben der Tischler auch ein guter und ein schlechter sein kann. Dass es bei den Schleppern vielleicht mehr schlechte gibt, hängt mit ihrer Kriminalisierung zusammen. Je mehr man sie kriminalisiert, desto krimineller werden sie. Weil werden müssen. Ihr Risiko ist groß, und das wollen sie, wie jeder „vernünftige“ Unternehmer, an ihre Kunden, die Flüchtlinge, weiterreichen. Das Problem der Flüchtlinge ist nur, dass sie, ungleich anderen Kunden, eine mangelhafte Dienstleistung bei Gericht und Konsumenschutz nicht einklagen können, weil sie Unbürger sind. Untermenschen, staatlich nicht zugelassen, nicht Mensch, sondern Flüchtling und Schübling.

Wenn der vielseitig beliebte Innenminister Strasser (ÖVP) vom „profitablen und abscheulichen Geschäft des Menschenschmuggels“ spricht und diesen „mit allen Mitteln bekämpfen“ (Kurier, 14. Mai 2001) will, dann ist damit nichts anderes gemeint, als: Grenzen dicht! Der Eiserne Vorhang, den man jahrzehntelang beklagte, soll nun andersrum funktionieren. Was ansteht, ist die Militarisierung der EU-Außengrenzen. Notfalls wird geschossen. Denn wer hierher will, muss schon einen Grund haben, der „uns“, und nur uns, passt. Sonst könnte ja wirklich jeder kommen.

Die ausschließliche Betonung der negativen Aspekte der Flucht, das konsensuale Gerede von Schleppern, Schleusern, Schmugglern geschieht mit der Absicht, uns in ideologische Geiselnhaft zu nehmen, zu Spießgesellen der ent-solidarisierenden Fluchtverhinderungs- und Abschottungspolitik des Nordens zu machen, indem es in perfider Manier die tragischen Schicksale der Flüchtlinge als Folge des Schlepperwesens (was völlig falsch ist) und nicht des Staatswesens (was völlig richtig wäre) demaskiert. Mitleid wird so zum Fallstrick. Die Geschleppten sind im Normalfall keine Verschleppten, sieht man von bestimmten Fällen (z. B. Prostitution oder Kinderhandel) ab.

Irre Realität

Natürlich könnte man jetzt einwenden, dass eine Forderung nach Öffnung der Grenzen ganz unreal ist und im Kapitalismus nicht verwirklicht werden kann. Genau so ist es. Aber was sagt dies anderes, als dass die Herrschaft des Kapitals – und zwar immer dringlicher – beseitigt werden muss. Jeder Realismus, der sich hingegen auf Regelungen und Quoten einlässt, diskriminiert konkrete Menschen im Namen von Staat und Nation. Einer solchen Logik verpflichtet, muss man deren Gemeinheiten teilen, auch wenn man sie nicht sympathisch finden mag.

Wer auf den Staat als unbedingte Instanz setzt, muss letztlich auch die Folgen mittragen. Realpolitik endet dann bei Ausländer jagenden Grenztruppen und bei der Abschiebung, bei den „Regelungen der Einwanderung“, den „subjektiven Härten“. Man kann sich also nicht konsequenzlos der Logik staatlicher Macht verschreiben. Eine Identifikation mit ihr ist allerdings Bedingung des allseitig eingeforderten Zwangs zur „Konstruktivität“. Warum man sich als Gegner der kapitalistischen Verwertung ausgerechnet ihren staatlichen Selektionskriterien anschließen soll, ist aber ein Rätsel. Schließlich endet die geforderte Realitätsstüchtigkeit meist wie der Graf Leinsdorf in „Der Mann ohne Eigenschaften“. Ihn lässt Robert Musil sagen: „Realpolitik heißt: Gerade das nicht tun, was man gern möchte“.

Irreal heißt, dass die Realität irre ist, nicht dass die an ihr (Ver)Zweifelnden irre sind. Die Realität ist daher nicht als positiver Bezugspunkt zu verstehen, sondern als negative Referenz. Mag die Realität mich, oder schlimmer noch, die vielen Flüchtlinge, einholen, so besteht

doch kein Bedarf für jene zu sein, bloß weil sie meist die Oberhand behält. Geschichte kennt übrigens nicht nur die Illegalisierung der Fremden, sie kennt auch die Legalisierung der Illegalen. Davon gehen viele Migranten zu Recht aus, und ob sie aktuell Recht brechen, ist ihnen recht egal, wenn sie absehbar Recht be- und erhalten.

Man muss die Realität *erkennen*, aber man muss sie deswegen nicht *anerkennen*. Ansonsten führt das über kurz oder lang dazu, nur noch die Realität für realistisch zu halten, ja ihr geradezu eine Aura der Ewigkeit zuzuweisen. Indes, Staatsbürgerschaft, Pass und Grenze sind jüngeren Datums, erst im 19. Jahrhundert konnten sie sich „endgültig“ (so zumindest der hartnäckige Schein) durchsetzen. Sie sind Kennzeichen eines sich etablierenden Verfassungswesens, das sich nunmehr als absolut begreift. „Das Konzept des Staatsbürgers macht nur Sinn, wenn einige davon ausgeschlossen bleiben. Und diese Auszuschließenden müssen letztlich eine willkürlich ausgewählte Gruppe sein. Es gibt kein überzeugendes Argument für die Grenzziehung bei den Kategorien des Ausschlusses. Zudem ist das Konzept des Staatsbürgers an die Grundstruktur der kapitalistischen Weltwirtschaft gebunden.“ schreibt Immanuel Wallerstein. (*Widerspruch* 37/99) Was aber in der Konsequenz auch hieße: Die Leute, die auf diesem Planeten leben, sind Menschen. Nicht Bürger, Inländer, Ausländer, Migranten, Asylsuchende, Angestammte, Entwurzelte, Verwurzelte etc. – nein, ganz einfach Menschen: *Homo homini homo*.

Nicht „Alle Grenzen auf“ ist die Forderung, sondern „Alle Grenzen weg“. Natürlich, solange es Staaten gibt, gibt es Einwanderungsgesetze.

Aber muss es Staaten geben? Und vor allem: Weshalb? Der Gedanke, dass der Mensch erst Mensch sein darf, wenn ihn ein Staat als Bürger für zulässig erklärt, ist eine Zumutung sondergleichen. Eine, die freilich also solche gar nicht mehr auffallen will. Indes: „Alle Vereinigung muss ganz freiwillig sein“, sagt Oscar Wilde. „Nur in freiwilligen Vereinigungen ist der Mensch schön.“

Es gilt, Verhältnisse zu schaffen, wo niemand auswandern muss, aber alle hin- und herziehen können, wie sie wollen; wo die Herkunft zu nichts zwingt und die Abkunft nichts besagt, wo es keine Zugehörigkeiten mehr gibt, die aus irgendeiner nationalen Geworfenheit herühren. Mit Staat und Kapital ist das nicht zu haben.

Aus: *krisis* 27 (2003), S. 138-142

Franz Schandl: Geboren 1960 in Eberweis/Niederösterreich. Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Wien. Lebt dortselbst als Historiker und Publizist und verdient seine Brötchen als Journalist wider Willen. Redakteur der Zeitschrift *Streifzüge*. Diverse Veröffentlichungen, gem. mit Gerhard Schattauer Verfasser der Studie „Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft“, Wien 1996. Aktuell: Nikolaus Dimmel/Karl A. Immervoll/Franz Schandl (Hg.), „Sinnvoll tätig sein, Wirkungen eines Grundeinkommens“, Wien 2019.

Lizenz dieses Beitrags
CC by
Creative Commons - Namensnennung